Geset: Sammlung

fur bie"

Königlichen Preußischen Staaten.

___ No. 6. ___

(No. 521.) Erklärung wegen ber zwischen ber Königlich = Preußischen und ber Fürstlich = Lippeschen vormundschaftlichen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff ber zum beutschen Bunde nicht gehörigen Preußischen Provinzen. Vom 6ten März 1819.

Nachdem die Königlich = Preußische Regierung mit der Fürstlich = Lippeschen vormundschaftlichen Regierung dahin übereingekommen ist, gegenseitig den Abschoß und das Absahrtsgeld, auch in Beziehung auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, aufzuheben; so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besondern Uebereinkunft dieserhalb, lediglich den Inhalt des im Protokolle der deutschen Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817. besindlichen Beschlusses, wegen der unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten kestgesetzten Nachsteuer= und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Prozwinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, ausdehnen wollen.

Gegenwärtige, im Namen Gr. Majestät des Königs von Preußen, und Ihro Durchlaucht der Fürstin Vormünderin und Negentin zur Lippe, zweimal gleichlautend ausgesertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten, und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben Berlin, ben 6ten Marg 1819.

(L. S.)

Königl. Preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Graf von Bernstorff.

(No. 522.) Erklarung wegen ber zwischen ber Koniglich : Preußischen und ber Fürstlich : Hohenzollern , Sigmaringischen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff ber zum be. ichen Bunde nicht gehörigen Preußischen Provinzen. Bom 6ten Marz 1819.

Rachbem die Königlich : Preußische Regierung mit der Fürstlich : Hohenzollern Sigmaringischen Regierung dahin übereingekommen ist, gegenseitig den Abschoß und das Absahrtsgeld, auch in Beziehung auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, auszuheben; so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besondern Uebereinkunst dieserhalb, lediglich den Inhalt des im Protokolle der deutschen Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817. besindlichen Beschlusses, wegen der unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsteuer = und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Propinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, ausdehnen wollen.

Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen, und Sr. Durchlaucht des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten, und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben Berlin, ben 6ten Marg 1819.

kung ist, nach erreigter segenfelriger bindnedte fankeit erhalten, nid in den seidersettlarn Kanden

Cinf von Mernstoriff.

(L. S.)

Königl. Preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

(is 9)

Adnight Planet. Ministerrum der anstrokeiten Lingelegenheiten.

Graf von Bernstorff.

(210) idea more manufaction actions and

(No. 523.) Erklarung wegen ber zwischen der Koniglich = Preußischen und ber Fürstlichen Regierung jungerer Linie Reuß von Plauen verabredeten Freizugigkeit, in Betreff ber zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preußischen Provinzen. Bom 15ten Marz 1819.

Nachdem die Königlich = Preußische Regierung mit der Fürstlichen Regierung jüngerer Linie Reuß von Plauen dahin übereingekommen ist, gegenseitig den Absschoß und das Abfahrtsgeld, auch in Beziehung auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange, aufzuheben; so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besondern Uebereinkunft dieserhald, lediglich den Inhalt des im Protofolle der deutschen Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817. besindlichen Beschlusses, wegen der unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsseuer= und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, außedehnen wollen.

Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen, und der Durchlauchtigen Fürsten jüngerer Linie Reuß von Plauen, zweimal gleich=lautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten, und in den beiderseitigen Landen öffent=lich bekannt gemacht werden.

Gegeben Berlin, den 15ten Marg 1819.

(L. S.)

Königl. Preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Graf von Bernstorff.

(No. 524.) Erklärung wegen ber zwischen ber Königlich preußischen und Fürstlich Reußischen Regierung älterer Linie verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preußischen Provinzen. Bom 22sten März 1819.

Rachbem die Königlich-Preußische Regierung mit der Fürstlich Reußischen Regierung alterer Linie dahin übereingekommen ist, gegenseitig den Abschoß und das Absahrtsgeld, auch in Beziehung auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künstigen Umfange, aufzuheben; so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besonbern Uebereinkunft dieserhalb, lediglich den Inhalt des im Protokolle der deutschen
Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817. befindlichen Beschlusses, wegen der
unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsteuer- und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preußischen Provinzen,
nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange, ausdehnen wollen.

Gegenwartige, im Namen Seiner Majestat des Königs von Preußen, und Seiner Durchlaucht des Fürsten Reuß von Greiz, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklarung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten, und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht

werben.

Gegeben Berlin, ben 22ften Marg 1819.

(L. S.)

Königl. Preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf von Bernstorff.